

---

## Hambacher Demokratiefest 2023 – Kontrolliert in die Sackgasse!

---

von Eduard Meßmer, 29.05.2023 - aktualisiert 10.09.2023 – info@solidarnosch.de

**Die "Stadt der Demokratie" und die Schlossverwaltung machen sich als Demonstranten gegen tausende Demokratiebegeisterte mit sogenannten "Antifanten" gemein, die von der Stadt Neustadt und der Polizei selbst als gewaltbereit eingestuft werden.**



Am Pfingstsonntag des Jahres 2023: An diesem Tag wird ein Großteil der aus der ganzen Republik angereisten demokratiebewegten Bürgerinnen und Bürger an der "Wiege der Deutschen Demokratie" daran gehindert, ihren Beitrag zu leisten, um die Freiheit und wahre Demokratie im Land wieder zu beleben. Foto: Markus Huck

Es braucht den Mut, die Wahrheit auszusprechen. Diese Aussage von *Dr. Wolfgang Kochanek*, dem Veranstalter des von ihm so bezeichneten "*Hambacher Festes 2.0*", bei seiner Abschlussansprache am 28. Mai 2023, ist eine allgemeine Zustimmung beizumessen. Das Publikum applaudiert. Es braucht mit den gegebenen Umständen aber auch Mut, die tatsächlichen Abläufe, Zusammenhänge an diesem Tag zu reflektieren, bezogen auf die Rolle von handlungsleitenden Akteuren bei dieser Veranstaltung, vor allem, wenn Beobachtungen vor Ort in den allgemeinen Medien-Jubel innerhalb der eigenen Blase nicht so ganz

hineinpassen. Die Fakten kritisch anzusprechen gebührt allen Akteuren, um der Wahrhaftigkeit willen!

Allgemein erwartet haben die Teilnehmer dieses Demokratie-Festes einen Zug "*hinauf, hinauf*" zum Schloss, dem historischen Ruf und Vorbild von 1832 und auch dem "*Hambacher Fest*" im Jahr 2022 nachempfunden. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung steht selbstredend der Ort, wo sich das Hambacher Schloss daselbst befindet, unbestritten als die historische "Wiege der deutschen Demokratie". Dieser Ort kann auch bei einer Kundgebung "*Hambacher Demokratiefest*" wohl nicht hinweggedacht werden, ohne das Ziel und den Zweck der angemeldeten demonstrativen Aktion am vergangenen Pfingstsonntag zu desavouieren. Umso überraschender für die aus der ganzen Republik angereisten demokratiebewegten Teilnehmer war dann die Ankündigung des Veranstalters "*Die Weissen*" bei der Eröffnungsrede von *Dr. Wolfgang Kochanek*, dass der Demoaufzug nicht etwa an diesem historischen Ort enden sollte, sondern im Dorf Hambach, ausgerechnet an der Stelle, an der im vergangenen Jahr der damals ebenfalls verbotene Demoaufzug aufgehalten wurde. Als Trostpflaster wurde unten im Dorf eine Leinwand aufgestellt, auf der die Verleihung des Demokratiepreises, als Höhepunkt der Veranstaltung oben auf dem Schloss mitverfolgt werden konnte.

Sicherlich hätten alle Demokratiebewegten bei diesem schönen Sommerwetter gerne nicht nur der Demokratiepreisverleihung, zumindest im Schoß des Schlosses beigewohnt, sondern auch jeweils für sich den Weitblick auf unsere Heimat ganz oben an der Schlossmauer genossen. Vielleicht, um den Augenblick zu nutzen, die dort eingerichtete Demokratie-Ausstellung zu besuchen, eine Ausstellung, die für jeden normalen Besucher geöffnet ist, so wie es für die Demo-Teilnehmer im vergangenen Jahr möglich war, selbstverständlich ohne Probleme, wenn auch unter dem Damoklesschwert eines Demonstrationsverbotes letztes Jahr.

Der Kundgebungsplatz im Dorf Hambach, nach langem Fußmarsch von Neustadt (ca. 8 km, zuzüglich Rückweg) unterhalb und noch weit weg vom Schloss, war vom Veranstalter dankenswert mit bester Absicht, bestem Engagement und finanziellen Aufwand, mit einer Bühne, mobilen Toiletten und Verkaufs-Ständen möbliert. Und es war eine Nachfeier für den frühen Abend organisiert. Ein Verwaltungsrichter und auch das Wetter spielten dem Veranstalter und den tausenden demokratiebewegten Teilnehmern in die Hände. "*Ein riesen Erfolg*" verkünden unisono die Medien-Gazetten, die den Demokratiebewegten zugeneigt sind, unmittelbar nach dieser Veranstaltung. Keiner dieser Medien-Vertreter bringt im Dienste der Wahrheit den Mut auf, die beste Stimmung von demokratiebewegten Teilnehmenden im Demoaufzug von Neustadt bis in das Dorf Hambach aufgrund der folgenden Ereignisse zu trüben. Die Stadtverwaltung musste mit ihrem rechtswidrigen Verbot der Veranstaltung zwar zurückweichen, ohne aber von ihrer verkündeten Absicht abzuweichen, diese dennoch zu verhindern. Denn dieser vermeintliche Erfolg des Demokratiefestes wurde vom tatsächlichen "Erfolg" der Stadt Neustadt im Rahmen des verwaltungspraktischen "Sofortvollzugs" bei Weitem übertroffen, indem der ursprünglich angemeldete Ablauf des Demokratiefestes der "*Weissen*" von allen beteiligten Akteuren zu einer Farce degradiert wurde. Von dem Hambacher Demokratiefest 2023 blieb nur noch ein vergitterter Torso übrig.

Der Veranstalter bewies wohl umfänglich Kooperationsbereitschaft bei den Gesprächen mit der Versammlungsbehörde in Neustadt. Doch damit könnte er mit der Perspektive der aus dem Grundgesetz, Versammlungsrecht und der damit korrelierenden herrschenden Rechtsprechung garantierten umfassenden Versammlungsfreiheit etwas übertrieben haben, wenn auch mit den besten Absichten. So verkündete *Dr. Kochanek* am Pfingstsonntag bei seiner Eröffnungsrede, "dass die Sperrung des Schloss-Areals nicht auf das Konto der Behörden oder der Polizei ginge". Aber auf wessen Konto dann? Und wie sieht es dann aus mit den kaum nachvollziehbaren und den massiv einschränkenden Maßnahmen der Polizei, die für mehrere tausend demokratiebewegte Menschen am Fuße des Hambacher Schlosses in einem Verbot mündete, "*hinauf, hinauf aufs Schloss*" zu ziehen? Und wie sieht es aus für den spärlichen Rest der Teilnehmenden, der direkt am Schloss mit entwürdigenden Maßnahmen der Polizei konfrontiert war?

Fakt ist, dass der Hauptteil der demokratiebewegten Teilnehmenden die "Wiege der deutschen Demokratie" nur aus der Ferne zu Gesicht bekommen haben. Die Anzahl der Kundgebungsteilnehmer, die nach oben zum Schloss zugelassen wurden, durfte 1.400 nicht überschreiten. Oben am Kundgebungsplatz hinter dem Besucherzentrum versammelten sich tatsächlich nur ca. 350-400 ausgeloste Kundgebungsteilnehmer. Die waren unten in Hambach mit dem Kriterium "Geburtsmonat" ausgelost worden. Und nur ihnen wurde das Recht zugestanden, bis zum hinteren Bereich des Besucherzentrums bis zum Kundgebungsplatz durchgelassen zu werden. Damit begann an einem einzigartigen Ort eine einzigartige Inszenierung einer Demonstration der Versammlungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Im vergangenen Jahr waren es mehrere Tausend, die direkt um das Schloss herum, trotz eines auch im Jahr 2022 verfügten Demonstrationsverbots dank dem Veranstalter, *Dr. Wolfgang Kochanek*, weitgehend unbehelligt, ein friedliches und ausgelassenes Demokratiefest feiern konnten. Damit ergeben sich Parallelen zu den Demonstrationsverboten 2022 und 2023, spiegelbildlich zum Hambacher Fest im Jahr 1832. Bei dem historischen Hambacher Fest 1832 zogen sage und schreibe etwa 30.000 demokratiebewegte Menschen trotz Demonstrationsverbot unbehelligt "*hinauf, hinauf zum Schloss*". Die demokratiebewegten Teilnehmenden der Jahre 1832 und 2022 nahmen ihre Überzeugung für Freiheit und Demokratie und ihren Mut mit, das jeweilige polizeiliche Demonstrationsverbot einfach zu ignorieren.

Insgesamt ist von einer Anzahl der Teilnehmer im diesjährigen Demoaufzug der "Weissen" von etwa 4.000- 5.000 auszugehen. Diese hatten einerseits ein Demonstrationsverbot nicht mehr zu befürchten, andererseits war der größte Teil dann doch gehindert worden, hinauf aufs Schloss zu ziehen. Dass die sogenannte "Vierte Gewalt" im Staat, die Leitmedien, im Nachhinein die wirkliche Zahl der Demo-Teilnehmer massiv herunterspielt und umgekehrt die Zahl der Gegendemonstranten hochjubeln, gehört mittlerweile zu der üblichen Manipulation der Öffentlichen Meinung, unter anderem und im Besonderen bei Abläufen von demonstrativen Aktionen der weltweiten Freiheits- und Demokratiebewegung mit Millionen von Anhängern allein in Deutschland. 'Zehntausend' hätten es laut polizeilicher Anmeldung des Veranstalters werden können. Um diese erwarteten, zehntausend demokratiebewegte Teilnehmende vor

Krawallschwestern und Krawallbrüdern, bekannt unter der Bezeichnung "ANTIFA" oder "ANTIFANTEN", zu schützen, entsandte die Staatsmacht 900 Polizeibeamte, um am Hambacher Schloss 'vorgeblich' die Demokratie zu verteidigen. Beim Eintreffen im Dorf unterhalb des Schlosses wurde zur Wahrheit, was *Dr. Kochanek* leider erst bei der Eröffnungsrede in Neustadt angekündigt hatte. Der Kern der Veranstaltung, der Zug "*hinauf, hinauf aufs Schoss*", endete im Dorf Hambach auf einem als Kundgebungsplatz umgestalteten Parkplatz, für die meisten Teilnehmenden als einer Sackgasse.

Hinauf aufs Schloss durften insgesamt nicht mehr wie 1.400 von ursprünglich erwarteten Zehntausend, nach dieser Rechnung gerade mal 1/7 und gemessen an den tatsächlich Teilnehmenden am Pfingstsonntag gerade mal 1/4. Die Zurücknahme des Demonstrationsverbots verkündet *Dr. Kochanek* als 'Heldentat' seines Rechtsanwalts *Ralph Ludwig*, der sich, als es am Pfingstsonntag darauf ankam, nicht etwa am Ort des Geschehens aufhielt, sondern weit ab vom Hambacher Geschehen, auf "Malle", um sich dort seiner Tochter widmen zu können.

Die zuständigen Behörden einschließlich Polizei reservierten den von *Dr. Kochanek* ursprünglich vorgesehenen Kundgebungsort direkt unterhalb des Hambacher Schlosses (Buswendeplatz) für eine Schar von gerade mal tatsächlich ca. 80 harmlosen Gegendemonstranten. Der verbleibende Rest der Fläche wurde zu allem Überflus als Parkplatz für Einsatzfahrzeuge genutzt, wie auch der breite, geteerte Zufahrtsweg zum Buswendeplatz.

Diesen Fakten nun direkt ins Gesicht geblickt: Das von der Stadt Neustadt a.d.W. im aktuellen Jahr verfügte und dann wohl zähneknirschend zurückgezogene Demonstrationsverbot war nun klar und offensichtlich rechtswidrig, aus Sicht eines Demokraten voll daneben, wie es nicht mehr schlimmer hätte sein können. Dabei muss klar gestellt werden, dass die Stadt Neustadt, die sich als '*Stadt der Demokratie*' bezeichnet, aufgrund der durchgehend einhellig herrschenden Rechtsprechung vor jedem Verwaltungsgericht -ohne Corona-Verordnungen- nicht einmal ansatzweise den Hauch einer Chance gehabt hätte, mit ihrem Demonstrationsverbot durchzukommen. Hier bedurfte es keiner 'Heldentat' eines Rechtsanwalts, um im aktuellen Jahr das Hambacher Demokratiefest "*der Weissen*" vor einem gänzlichen Verbot zu bewahren. Aber wie haben die Entscheidungsträger in der Stadtverwaltung auf eine rechtsstaatliche, satte Ohrfeige von dem zuständigen Verwaltungsgericht reagiert? Die Reaktion der Stadt mit öffentlich erklärter Verhinderungsabsicht kam posthum, wiederum in der Form eines faktischen Demonstrationsverbots, also einem Demonstrationsverbot durch die Hintertür, namentlich mit repressiven, entwürdigenden und damit abschreckenden, polizeilichen Maßnahmen.

**Die Stadtverwaltung bleibt ihrem Versprechen treu:  
Demonstration "mit allen Mitteln" verhindern**

Der Veranstalter geriet soweit unter Zeitdruck, dass die Stadt Neustadt und die Stiftungsverwaltung des Schlosses an diesem Tag letztlich exakt dann doch das bekommen haben, was von vorne herein beabsichtigt war. Unter Zeitdruck blieb dem Veranstalter aus seiner Sicht nichts anderes übrig, als einem faulen Kompromiss zuzustimmen, damit einerseits der Demonstrationsaufzug bis zum Dorf Hambach und eine massiv eingeschränkte Kundgebung direkt am Schloss zugelassen wurde, damit aber andererseits der ursprünglich angemeldeten Kundgebung ihr Charakter "*hinauf, hinauf aufs Schloss*" weitgehend genommen war. Das ging 'strategisch-erfolgreich' so, indem die Stadtverwaltung die Gegendemonstranten als 'gewaltbereit' einstuft. Auf eine solche Prognose folgt -nur scheinbar schlüssig- ein massives Polizeiaufgebot. Trotz dieser im Lichte der Wirklichkeit prekären Prognose zu einem spekulativen Verhalten von Gegendemonstranten, wird anstelle der demokratiebewegten Teilnehmenden der 'Weissen', den gewaltbereit eingestuften Gegendemonstranten der Buswendeplatz unterhalb des Schlosses zugewiesen. Diesen als gewaltbereiten eingestuften Gegendemonstranten wird exklusiv die Fläche freigeräumt, wo eigentlich der Hauptteil der "Weissen" ihr Demokratiefest feiern wollte. Die Fläche, die noch frei blieb, wird als Parkfläche für die Mannschaftswagen eines üppigen Polizeiaufgebots missbraucht. Damit war mit Ausnahme der Demokratiepreisverleihung hinter dem Besucherzentrum für eine größere Kundgebung der 'Weissen' auf dem Buswendeareal unterhalb des Schlosses logischerweise kein Platz mehr.

Der Veranstalter würde zum Kollaborateur, wenn er sich einerseits an den Erwartungen von demokratiebewegten Teilnehmern ausrichtet und andererseits den tatsächlichen Abläufen zustimmt. In diesem Fall würden ohne Not die Erwartungen der demokratiebewegten Teilnehmenden der Absicht der Stadtverwaltung preisgegeben, die angemeldeten Abläufe der Veranstaltung zu verhindern oder wo es geht, ... zu behindern. Dabei wettet *Dr. Kochanek* selbst massiv und wohl zu Recht gegen die Akteure in der Stadtverwaltung. Augenscheinlich haben also alle beteiligten Akteure bei den Planungen und Absprachen zum Ablauf dieser Veranstaltung in Kauf genommen, den größten Teil der demokratiebewegten Teilnehmenden zu brüskieren. Die tatsächliche Ablaufplanung wurde erst in der Eröffnungsrede von *Dr. Kochanek* bekannt gegeben. Der Hauptteil der Teilnehmer durfte mit deren offenen und reinen Herzen das verbrieftete Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit für Freiheit und Demokratie immerhin bis zum Dorf Hambach wahrnehmen. Wer es dort auf dem Kundgebungsplatz im Dorf mit nur spärlichen vorhandenen Schattenplätzen schaffte auszuharren, wurde von der Sonne versengt und zugleich manche von einer schrillen Bananen-Musik versenkt. Dabei verging verständlicherweise so Vielen die Lust, die Demokratiepreisverleihung hinter dem Besucherzentrum des Schlosses auf einer Großleinwand unten im Dorf Hambach mitzuverfolgen.

Die ständige Beschattung durch starke Polizeikräfte an allen Brennpunkten brachte im Gegensatz zum Schatten von Bäumen keine Kühlung. Der Beschattung der Polizei und den musikalischen Darbietungen im Dorf konnten demokratiebewegte Teilnehmende immerhin ungehindert entfliehen. Ein kleiner Teil der Demokratiebewegten versuchte, allen Widrigkeiten zum Trotz, über die steilen Waldwege doch noch hinauf zum Schloss zu gelangen, um oben

am Buswendeplatz angekommen, jeweils vor Absperrgittern zu landen und dort von der Polizei allesamt wieder zurück ins Dorf umgeleitet zu werden.

Zumindest konnten diese demokratiebewegten Wanderer einen Blick auf den Buswendeplatz unterhalb des Schlosses erhaschen, staunten dort dabei nicht schlecht, bei dem, was sie dort erkennen mussten. Wo im vergangenen Jahr tausende demokratiebewegte Menschen das 190. Jubiläum des Hambacher Festes von 1832 ausgelassen und ohne die völlig überflüssige staatliche Betreuung feierten, offenbarte sich nun am Pfingstsonntag beim 191. Jubiläum für Demokratiebewegte ein abgesperrter Buswendeplatz, der offensichtlich exklusiv für ein doch recht bescheidenes Häufchen der sogenannten "Antifanten" reserviert war. Der Buswendeplatz bot einen Anblick, den jede Freiheits- und Demokratiebegeisterung ernüchterte, aufgefüllt mit schwarz gekleideten Staatsdienern, ihren Mannschaftswagen, dem Häuflein Gegendemonstranten und der ganze Schlossbereich dekoriert mit zahllosen Absperrgittern.

Dieses Szenario auf dem Buswendeplatz und auch weiter oben am Schloss erweckte einem unvoreingenommenen Beobachter den Eindruck, als ob die Staatsgewalt einer aktuell klinisch toten deutschen Demokratie an ihrem Geburtsort das letzte Geleit erweisen wollte. Sind diese in schwarz gekleideten, staatlichen 'Trauergäste' etwa nur gekommen, um die deutsche Demokratie bis in ihren finalen Hirntod zu begleiten? Auf jeden Fall könnte der Gegensatz im Vergleich zu den in weiß gekleideten demokratiebewegten Teilnehmenden nicht gegensätzlicher ausfallen, während diese wiederum lautstark und weit hörbar für eine Wiederbelebung der Demokratie streiten, um so einen Hirntod der deutschen Demokratie doch noch zu verhindern.

Der friedvolle Kampf um Freiheit und Demokratie wird letztenendes alle Absperrgitter überwinden, die an diesem Tag ein suizidales Staatswesen über das komplette Schlossgelände verteilt hat. Hinter den Absperrgittern die staatlich-dunklen Akteure, die in ihrer Rolle an diesem Tag anstatt Demokratie zu schützen augenscheinlich ihren schleichenden Tod befördern. So gestaltet heutzutage die staatliche Macht ein aus sich heraus friedliches und fröhliches Demokratiefest mit ihren Einsatzmitteln: Absperrgittern, Knüppel, Pistolen und Polizeihunden. Dieses Demokratiefest war auf diese Weise durch staatliches Wirken und deren Instrumente auf eine solche Weise "bestens geschützt" und von der '*Stadt der Demokratie*' auf diese Art und Weise gründlich vorbereitet. Die Straße auf der Demostrecke war an zahlreichen Stellen entweder mit bunter Farbkreide beschmiert oder mit Plakaten beschildert, u.a. mit Aufschriften "*Neustadt oder Hambach ist oder bleibt bunt*", mutmaßlich um diese Metapher als Schmähung den vorwiegend in Weiß gekleideten Demokratiebegeisterten entgegen zu setzen. Auf den Zinnen des Schlosses und an der Schlossmauer zu allem kostspieligen Überfluss zwei riesige Transparente mit der Aufschrift: "*Hambach ist bunt*". Die Fenster des Hambacher Schlosses, eingefärbt in unterschiedlich dumpfem Couleur, sandten ebenfalls das Signal "Bunt" aus und damit die Botschaft: "*Ihr 'Weissen' habt hier nichts zu suchen*", also de facto Ausgrenzung von regierungskritischen Stimmen! Die Stiftungsverwaltung des Hambacher Schlosses als öffentlich-rechtlicher Träger beteiligt sich

also an der Gegendemo der als gewaltbereit eingestuften, sogenannten "ANTIFA" wortgleich mit deren Schmähsymbolik. Dabei kann der Autor dieses Berichtes an dieser Stelle seine eigene Wahrnehmung zum Besten geben, dass es nicht das erste Mal vorkommt, dass ausgerechnet die Stiftungsverwaltung des Hambacher Schlosses gegen eine ordnungsgemäß angemeldete Kundgebung innerhalb ihres Herrschaftsgebietes rechtswidrig und demokratiefeindlich agiert, bereits viele Jahre vor der Corona-Hysterie.

Auf dem Weg von Neustadt zum Schloss waren weit über einer üblichen Leiterhöhe an vielen Laternenmasten, hoch oben, jeweils Plakate mit der am Schloss angebrachten Schmähsymbolik angebracht, gerichtet gegen die 'Weissen'. Es stellt sich heraus, dass auch hier von einer aktiven Mitwirkung von Verantwortlichen der Stadtverwaltung ausgegangen werden muss, denn die Stadt hat diese, sonst unzulässige Plakatierung genehmigt. Dabei übersieht diese Art des Gegenprotestes einerseits, dass der sich ausdrücklich gegen eine "Freiheits- und Demokratiebewegung" wendet. Andererseits läuft der Protest von Gegendemonstranten unter dem Etikett "*Antifaschistisch*". Dabei übersehen diese Gegendemonstranten, dass sich die demokratiebewegten Teilnehmenden der 'Weissen', ideologisch ausdrücklich und eindeutig als "bunt" und "antifaschistisch" einordnen. "Weiß" kommt bekanntlich nur zustande aus der Vielheit aller bunten Spektralfarben. Das "Weiß" nimmt "Bunt" in sich auf, in diesem Sinne interpretiert als das Plural, Dialogbereitschaft, Reinheit, Offenheit, ....etc., wie gewünscht in einer echten Demokratie. Auf der politischen Schiene weist sich "Weiß" vor allem als eine metaphorische Verknüpfung von Einheit und Vielheit (Plural) aus. Die vom Veranstalter ausgeteilten und verkauften weißen Fahnen mit einem roten Querstrich versehen, verwischen mit dieser Kennzeichnung ihren reinweißen Charakter und die eigentliche Symbolik, die nur ein reines Weiß ausdrücken kann. Da hilft es auch nicht, wenn dieser rote Strich auf einer weißen Fahne, die rote Linie symbolisiert, die von der Politik nicht überschritten werden darf oder die Fahnenträger sich selbst als "rote Linie" für eine freiheits- und demokratiefeindliche Politik sehen. Gut gemeint und vielleicht doch zu kurz gedacht? Darüber lässt sich sicherlich Streitbar diskutieren, je nach eigener Perspektive.

Die demokratiebegeisterten Teilnehmer der 'Weissen' setzen sich von den Gegendemonstranten "*Gegen Rechts*" oder von sogenannten antifaschistischen Gruppen klar ab. Denn die Gruppierung der selbsternannten '*Antifaschisten*' zeigt sich zumindest an anderen Orten zum Teil tatsächlich gewaltbereit oder sie üben sogar Gewalt aus. Die Mitglieder dieser Gruppierungen präsentieren sich sehr oft mit diffamierenden Totschlagargumenten aggressiv und durchgehend dialogunfähig. Das sind Verhaltensweisen solcher '*Antifaschisten*', die wir aus der jüngeren Geschichte unseres Landes von wirklichen Faschisten kennen.

Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung des SWR betont aktuell wiederum die Friedlichkeit der "Weissen", das jedoch in einer Art, als ob das durchgehend friedvolle Verhalten bei den 'weissen' Demonstrationen als ihr durchgehendes friedliches Verhalten die Ausnahme oder etwas Besonderes sei. Umgekehrt in der Berichterstattung werden die ganz anderen Aktivitäten bei dem meist linksextremen und tendenziell anarchisch geprägten Spektrum

ignoriert, namentlich deren tatsächliche Gewalttätigkeiten, wie auch der gewaltbereite, aggressive und provozierende Charakter von Mitgliedern dieser Gruppen.

Die Vertreter der Stadt Neustadt und der Polizei haben sich jetzt zu rechtfertigen und zu verantworten, vor allem vor der Öffentlichkeit für die Zersplitterung der Kundgebung im Dorf Hambach und vor allem gegenüber dem Hauptteil der Teilnehmenden der 'Weissen', die in ein Verbot der Fortsetzung ihres Demoaufzugs *'hinauf zum Schloss'* hineingelaufen und mit einem Verbot einer Teilnahme an der Kundgebung direkt am Schloss überzogen worden sind. Das geschieht erstens an einem historischen Ort der Demokratie mit dem die örtlichen Behörden jeden Tag kokettieren. Dann ahmt eine Stadtverwaltung und die Landespolizei am Pfingstsonntag an diesem Ort den autokratischen Charakter einer damals zuständigen, autoritär geprägten bayerischen Feudalherrschaft nach. Doch im Unterschied zur aktuellen Veranstaltung blieb das Hambacher Demokratiefest im Jahre 1832 damals frei von staatlichen Maßnahmen. Ein weiterer Versuch der Verhinderung des Hambacher Festes gab es im Jahre 2022 und nun eskalierend aktuell am Pfingstsonntag des Jahres 2023. Das geschieht im Vergleich mit dem historischen Vorbild in der Gegenwart mit städtischen und staatlichen Akteuren, die in einem demokratisch geprägten System nun zwingend einer unmittelbaren Grundrechtsbindung unterliegen, sofern von einem funktionierenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausgegangen werden könnte. Die Grundrechtsbindung gilt normalerweise unveräußerlich. Und selbst bei einschränkbarer Versammlungsfreiheit darf der Wesensgehalt der Versammlungsfreiheit im konkreten Einzelfall niemals angetastet werden. Aber genau das ist unwiderruflich und übergriffig am Pfingstsonntag des Jahres 2023 geschehen und das geschah offenkundig oftmals in den vergangenen drei 'Corona-Jahren'.

Für freiheits- und demokratiebewegte Menschen noch schlimmer: An diesem historischen Ort agieren Polizisten oder Behördenvertreter, immer noch den Narrativen von Leitmedien und Regierungen folgend, blind im Erkennen und Denken, indem sie eine Großdemonstration direkt am und unterhalb des Schlosses verhindern und behindern. Als Gegendemonstranten agierten Mitglieder der örtlichen SPD und einer Gewerkschaft. Der mehr als großzügig und kostenträchtig bemessene Kräfteansatz mit 900 Polizeibeamten führte absichtlich oder unabsichtlich zu einer Reduzierung der absoluten Anzahl von Personen, die sich am Schloss gleichzeitig aufhalten dürfen (festgesetzt auf maximal insgesamt 2.600). Unter Einbeziehung von Besuchern des Schlosses blieb die Zahl der demokratiebewegten 'Weissen' aktuell in diesem Jahr am und um das Schloss auf 1.400 beschränkt. Dieser Rest wurde mittels Absperrgittern, getrennt von den sonstigen Besuchern des Schlosses, hinter das Besucherzentrum des Schlosses auf den Kundgebungsplatz geführt, an dem nicht mehr als 400 Kundgebungsteilnehmer zu sehen waren. Das Gelände weiter oben, direkt am Schloss, blieb auch diesem Rest versperrt, wie auch für andere Besucher, die rein zufällig eine weißes Kleidungsstück trugen. Der Bereich direkt am Schloss blieb jedoch offen für Gegendemonstranten (!). Solche rigiden Maßnahmen werden, wie meist in totalitären Staaten, vorgeblich zum "Schutz" getroffen, am vergangenen Sonntag zum "Schutz der demokratiebewegten Teilnehmern der 'Weissen' "?



Um 14:30 Uhr mussten auch die ausgelosten Teilnehmer, die der Verleihung des Demokratiepreises hinter dem Besucherzentrum beiwohnen "durften", den inneren Schlossberg verlassen. Zu diesem Zeitpunkt waren dann auch die "ANTIFANTEN" verschwunden. Das tatsächliche Gesamtbild an diesem *'Tag der Demokratie'* entsprach haargenau dem Versprechen der Stadtverwaltung im Vorfeld, diese Demonstration so gut es geht zu verhindern. Anstatt, wie es die Pflicht der Stadt Neustadt und des Polizeivollzugsdienstes gewesen wäre, im Lichte der Versammlungsfreiheit alles Denkbare beizutragen, dass die Veranstaltung der Demokratiebegeisterten wie gewünscht und angemeldet stattfinden kann, wurden dann wohl absichtsvoll und strategisch erfolgreich, sowohl die Demokratiebegeisterten oben am Schloss als auch der Hauptteil unten in Hambach umfänglich von den schwarzen Vertretern der Staatsmacht wie Schafe in verbarriadierte Sackgassen geleitet. Für mündige Demokraten ein entwürdigendes Szenario. Die Wiege der Demokratie erschien an diesem Tag erstmals in seiner Geschichte als ein Gefängnis im offenen Vollzug.

### **Die "Wiege der Deutschen Demokratie an diesem Tag von einem aufstrebenden Leviathan entweiht**

War ein solches Geschehen wirklich mit dem Veranstalter so vereinbart? Vermisst wurde jedenfalls das Eingreifen des mandatierten Rechtsanwalts. Die fiktive Annahme, ein Rettungswagen käme bei einem Notfall auf dem ausreichend breiten Fahrweg zum Schloss andernfalls nicht durch, ist bei einer unvoreingenommenen Betrachtung schlicht und ergreifend an den Haaren herbeigezogen. Mit der Bereitstellung eines Raumes im Schloss für eine medizinische Erstversorgung und mit Rettungswagen direkt vor Ort sind solche vorgeblichen Sicherheitsauflagen obsolet und damit im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Mindesteingriffs auch einem Demonstrationsverbot am Schloss vorzuzuziehen. Bezogen auf das Freihalten der Rettungswege ist ein Blumenstrauß voller Maßnahmen denkbar, die eine Sperrung des Hambacher Schlosses samt der Fläche unterhalb des Schlosses aufgrund des "Freihaltens von Rettungswegen" verzichtbar gemacht hätte. Warum wurde als Maßstab für Sicherheitsauflagen aktuell nicht etwa die Veranstaltung des Jahres 2022 herangezogen?

Versammlungseinschränkende Auflagen sind nur möglich bei konkreten Gefahrenlagen. Hypothetische Annahmen reichen nun mal nicht aus, wie beispielsweise die, dass die zu dem vorliegenden Anlass als gewaltbereit eingestuften "Antifanten" die demokratiebewegten Teilnehmer der 'Weissen' aus dem Wald heraus mit Steinwürfen und Stöcken attackieren könnten. Die Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr zeigen doch deutlich, dass solche Annahmen ein rein spekulativer Charakter beizumessen ist. Und wenn doch: Der Großteil von diesen 900 eingesetzten Polizeibeamten wäre bei dieser Lageeinschätzung "zur Sicherheit" dann doch besser im Waldgelände und dabei im kühlen Baumschatten bestens plaziert gewesen. Damit wären die akuten Störungen des Demokratiefestes durch die Einsatzkräfte der Polizei vermeidbar. Es fehlt augenscheinlich jede Rechtfertigung, den Bereich in unmittelbarer Nähe des Hambacher Schlosses für den Hauptteil der demokratiebewegten

Teilnehmer gänzlich zu sperren. Schließlich liegen im vergangenen Jahr einschlägige Erfahrungen vor, mit denen von nichts anderem auszugehen war, als von demokratiebewegten Menschen, die mit großer Energie und Aufwand sich durchgehend friedlich für die Wiederherstellung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung einsetzen.

Stattdessen demonstriert die Stadt Neustadt und die Polizei unter dem Beifall der Gegendemonstranten im Rahmen des vor Ort durchsetzbaren Sofortvollzugs hässliche staatliche Willkür. Die damit einhergehende Provokation von offenem Widerstand offenbart ein mehr als fragwürdiges Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis der kommunalen und staatlichen Akteure, die vorgeblich Demokratie schützen wollen. Das gilt insoweit, wie diese Akteure nun im Nachhinein die folgenden Fragen sachgerecht nicht beantworten wollen oder können: Warum wird der Ort für eine Gegendemonstration nicht an anderer Stelle entlang der Aufzugsstrecke zwischen Neustadt und Hambach vorgesehen? Weshalb wird der Kundgebungsplatz unterhalb des Schlosses und der Bereich direkt am Schloss - umgekehrt - nicht etwa für die frühzeitig angemeldete Großdemonstration so eingerichtet, dass sie im Lichte der Versammlungsfreiheit notwendigen sicherheitspolizeilichen Erfordernissen genügt? Ein Spaziergang hinauf zum Schloss wäre der gesundheitlichen Fitness der Einsatzkräfte sicherlich förderlich gewesen, anstatt den Kundgebungsplatz und Zufahrtsstraßen mit ihren Einsatzfahrzeugen zu versperren. Offen bleibt bislang, ob die von der Stadt Neustadt aus dem Hut gezauberte Betriebserlaubnis für das Hambacher Schloss mit einer Begrenzung der Maximalzahl für die am Schloss gleichzeitig anzutreffenden Personen einer versammlungsrechtlichen Überprüfung stand hält. Nun ist mit Rechtsmitteln zu klären, ob die getroffenen Einzelmaßnahmen der Polizei am Pfingstsonntag im Hinblick auf eine Wiederholung des Demokratiefestes im nächsten Jahr im Einzelnen einer gerichtlichen Überprüfung standhalten. Solche Fragen sind jetzt an die Stadt Neustadt und an die Landespolizei zu stellen und letztlich im zuständigen Verwaltungsgericht zu entscheiden.

Viele der auf dem Kundgebungsplatz in Hambach zurückgelassenen demokratiebewegten Teilnehmer der 'Weissen' kamen sich mit dem Ruf des Veranstalters "*Hinauf, hinauf zum Schloss*" ziemlich "verarscht" vor. Die Frage ist, ob die Teilnehmer des Demoaufzugs, die unten im Hambach recht bald wieder Richtung Neustadt abgewandert sind, im nächsten Jahr motiviert werden können, erneut zu kommen oder ob die Wirkung dieser sogenannten 'Schutzmaßnahmen' für die Ausgeschlossenen soweit enttäuschend oder abschreckend anhalten wird, dass nun eine wirklich konkrete Gefahr besteht, dass der am Pfingstsonntag entweihte Ort "*Wiege der deutschen Demokratie*" wieder in einen langen Dornröschenschlaf versinkt oder zu einem lebendigen Ort der deutschen Demokratie kultiviert wird, an dem kontroverse Meinungen ergebnisoffen miteinander im Gespräch bleiben.

Um politisch etwas zu bewirken, den unermesslichen Schaden durch staatliche Maßnahmen an Leib und Leben, Wohlstand, Freiheit, Freizügigkeit und sozialer Sicherheit vor allem in den letzten drei Jahren zu begrenzen und Demokratie und Wohlstand wieder lebendig werden zu lassen, braucht es weiterhin Menschen, die auf die Straße gehen. Schon deshalb ist ein sachlich geführter Diskurs zu den Ereignissen an diesem schwarzen Pfingstsonntag um das

"*Hambacher Fest*" notwendig. Nur so kann im nächsten Jahr für eine störungsfreie Fortsetzung gesorgt und den selbstverständlichen Erwartungen von Demokraten an ein *Hambacher Freiheits- und Demokratiefest* in den folgenden Jahren entsprochen werden.

Menschen- und Grundrechte bleiben unveräußerlich, auch wenn sie von autokratischen oder totalitären Systemen oder einem demokratisch eingekleideten Leviathan vorübergehend verdeckt werden, egal welchen Anschein sich die städtischen und staatlichen Akteure, die öffentlich-rechtlichen oder die örtlichen Medien in der 'Stadt der Demokratie' geben und egal wie 'bunt' sie sich präsentieren. Für das Erbe von damals ebenfalls verurteilten Freiheitskämpfern, *Siebenpfeiffer* und *Wirth*, lohnt es sich heute immer noch und weiterhin, mit reinem Herzen und friedvoll zu kämpfen.

Mit dem Herzschlag für Demokratie und Freiheit  
Eduard Meßmer